

80 v. H. der im Plan vorgesehenen 12 000 Jugendlichen einen ordentlichen Lehrvertrag erhalten sollen, um als Facharbeiter herangebildet zu werden. Demgemäß müssen wir die Festlegung einer früheren Landtagssitzung für die allgemeine Eingliederung der Jugendlichen in die Wirtschaft, wo wir bei den Lehrverhältnissen die Mindestzahl von 5 v. H. pro Jahr festgelegt hatten, erhöhen. Die Forderung geht auf 10 v. H. und wird zweifellos auch bei den privaten und handwerklichen Betrieben auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, die wir aber überwinden müssen. Zur schnelleren Heranbildung und zur Sicherung der fachlichen Qualifikation müssen die Lehrbauhöfe erweitert werden. Das ist im zweiten Abschnitt festgelegt. Die Zahl der Lehrbauhöfe beträgt zur Zeit 26, im Aufbau begriffen sind 6. Die Zahl der neuen konnten wir im Antrag noch nicht festlegen. Das wird eine Angelegenheit des Ausschusses sein. Die Ausbildung der Lehrlinge im Bauberuf erfolgt ja nicht die ganze Zeit im Lehrbauhof, sondern der Lehrbauhof ist die zentrale Stelle, wo die Lehrlinge beginnen und wo von Zeit zu Zeit in gewissen Abständen die Lehrlinge in besonderen Kursen herangebildet werden. Das wird bei den großen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Investitionspläne vor uns stehen, aber noch nicht genügen. Wir müssen der Frage der Umschulung immer wieder ein großes Augenmerk widmen, obwohl kritisch gesagt werden muß, daß wir mit der Umschulung nicht sehr gute Erfahrung gemacht haben, weil ein viel zu kleiner Kreis von Umschülern in diesen Berufen geblieben ist. Man wird sich mit den Fragen beschäftigen müssen, wie wir die Umschüler besser auswählen, damit wir bessere Ergebnisse herausbekommen. Über die Ergebnisse der Umschulung werden wir bei der endgültigen Beratung im Ausschuß und dann bei der Beratung im Plenum reden müssen. Daß durch die Umschulung und die Genelmigung von jungen Menschen für die Betätigung im Baugewerbe überhaupt Aussichten bestehen, zeigt ein Ergebnis, das uns besonders interessiert, weil der Nachwuchs aus der weiblichen Jugend kommt. In Chemnitz haben sich aus der Menge der jungen Frauen und Mädchen, die in der Enttrümmerung beschäftigt waren, 25 gemeldet, um das Maurerhandwerk zu erlernen. Also erst einmal vertraut mit der Atmosphäre der Bauarbeit, sind sie zu der Erkenntnis gekommen, daß sie durch eine Umschulung und einen richtigen Lehrvertrag sich qualifizieren müssen. Das wird also der Weg sein, wie wir in Zukunft die Umschüler zu wählen haben. Damit werden wir auch zu besseren Ergebnissen kommen als bisher. Es gibt eine Reihe von objektiven Schwierigkeiten, die es verhinderten, daß in größerem Umfange junge Menschen dem Bauberuf zuströmten, und wir müssen Wege finden, um diese Schwierigkeiten gerade dort in erster Linie zu beseitigen, damit ein gewisser Anreiz vorhanden ist, um junge Menschen zu gewinnen. Wir glauben, in diesem Jahre könnte man eine solche Forderung stellen, daß die Schaffung von Berufskleidung, wie es in Abschnitt 4 festgelegt ist, in den Mangelberufen an erster Stelle gesichert werden muß, daß man das gewissermaßen als Voraussetzung bieten kann, so daß wir sagen können, wir werden für die Berufskleidung sorgen.

Das ist in kurzen Ausführungen die Begründung zu diesem Antrag. Ich bitte, daß dieser Antrag dem Ausschuß zur Förderung des Berufsnachwuchses überwiesen wird, damit er in allen Einzelheiten mit den Vertretern der Ministerien, die ja im Ausschuß anwesend sind, besprochen und festgelegt wird, welche Maßnahmen unmittelbar durchzuführen sind.

Präsident Buchwitz:

Das Wort hat der Abg. Frank.

Abg. Frank (LDP):

Meine Damen und Herren!

Der Antrag der SED, Drucksache Nr. 1349, sieht die Errichtung von Lehrbauhöfen für den Facharbeiter-

nachwuchs im Baugewerbe vor. Der Abg. Rausch hatte bereits in seiner Begründung so viel Wertvolles gesagt, meine Damen und Herren, daß ich es mir ersparen kann, nochmals besonders darauf hinzuweisen. Meine Fraktion begrüßt diesen Antrag, denn wenn wir wieder aufbauen wollen, wenn wir Wohnungen, wenn wir Fabriken, wenn wir Straßen bauen wollen, dann, glaube ich, ist es selbstverständlich, daß Material und die Bausteine notwendig sind. Aber viel notwendiger sind die Facharbeiter, und wenn wir daher durch diesen Antrag die Facharbeiterausbildung fördern können, dann, glaube ich, werden wir hier der Sache nur mit Freude zustimmen können. Meine Fraktion stimmt daher diesem Antrag zu und bittet um Überweisung an den Ausschuß.

Präsident Buchwitz:

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Der Herr Abg. Rausch hat beantragt, diesen Antrag dem Sonderausschuß zur Förderung der Berufsausbildung zu überweisen. Sie sind damit einverstanden gewesen, Herr Abg. Frank. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. — Dann ist die Überweisung beschlossen.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der ersten Beratung des Haushaltsplanes. Das Wort hierzu hat Herr Dr. Knabe als Vertreter für den noch zu ernennenden Finanzminister.

Minister Dr. Knabe:

Meine Damen und Herren!

Wie soeben der Herr Präsident Buchwitz ausführte, habe ich kommissarisch bis zum heutigen Tag, bis zur Ernennung des Kollegen Ulbricht zum Finanzminister, dieses Ministerium in meiner Ministereigenschaft verwaltet, und ich habe heute deswegen die Ehre, Ihnen als Regierungsvorlage den Etat für das Rechnungsjahr 1950 vorzulegen. Bei der Gestaltung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1949 ist erstmalig in der deutschen Geschichte ein völlig neuer Grundsatz zur Anwendung gekommen, der darin seinen Ausdruck findet, daß der Haushaltsplan ein wesentlicher Bestandteil unseres gesamten Volkswirtschaftsplanes ist oder wie es im ersten Absatz unseres Haushaltsgesetzes formuliert war: „Der Volkswirtschaftsplan und der Finanzplan bilden eine Einheit.“ Diese neuen Gedanken unseres Haushaltswesens und diese Erkenntnisse verpflichten nicht nur die unmittelbar in der Finanzverwaltung Beschäftigten, sondern alle Mitarbeiter in Verwaltungen, in den volkseigenen Betrieben und darüber hinaus alle Parteien und Massenorganisationen, dieses Gedankengut allen Menschen in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu vermitteln. Wenn die Erkenntnisse und Ziele, die unserem Volkswirtschaftsplan zugrunde liegen, von jedem einzelnen im Volke aufgenommen und verwirklicht werden, werden wir die gesamte Bevölkerung ganz Deutschlands von der Richtigkeit unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik überzeugen. Wenn wir volkswirtschaftlich denken und planwirtschaftlich handeln, dann werden wir schneller und reibungsloser unsere Friedenswirtschaft entwickeln, die Produktion steigern, die Selbstkosten senken und die kulturellen und sozialen Aufgaben lösen und damit den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung fortschreitend heben können. Wenn wir diesen Weg konsequent weiter beschreiten, so bleiben wir frei von Schulden, bleiben damit auch wirtschaftlich und politisch unabhängig. In unserer jungen Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich die genau entgegengesetzte Entwicklung wie in Westdeutschland und in anderen vom amerikanischen Imperialismus abhängigen Staaten, in denen sie bereits ihre bedenklichen Auswirkungen zeigt.